

# Pöfener Zeitung.

Siebenundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 350.

Freitag, 22. Mai.  
(Erscheint täglich drei Mal.)

1874.

## Amtliches.

**Berlin, 21. Mai.** Der König hat dem Vermessungs-Revisor Just u. Ostrowo, Reg.-Bez. Posen, den rothen Adl.-Ord. 4. Kl., dem Bürgermeister Wachendorf zu Bensberg und dem Kammermeister Stodtmeister zu Posen den f. Kr.-Ord. 4. Kl. verliehen, den Religionslehrer bei der höheren Bürgerschule in Eupen, Heinrich Langen, zum Seminar-Direktor ernannt.

Dem Seminar-Direktor Heinrich Langen ist die Direktion des interm. Schullehrer-Seminars in Eilen übertragen, der Seminar-Direktor Spohrman zu Roschmin ist in gleicher Eigenschaft an das neu gegründete evang. Schullehrer-Seminar zu Sagan versetzt, die bish. Gymnasial-Lehrer und kommiss. Kreis-Schulinspektoren Johann Heinrich Marz in Gleiwitz und Andreas Skladny in Beuthen D. S. sind zu Kreis-Schulinspektoren in Reg.-Bez. Oppeln ernannt, der Stadtschullehrer Zimm in Myslowitz ist zum zweiten Lehrer an der f. Präparanden-Anstalt zu Oppeln, der seitb. Kreis-Wundarzt Dr. Hartwich zu Birnbaum zum Kreis-Physikus des Kreises Birnbaum ernannt, die bish. f. Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Ingenieure Bruno Otto, früher in Rassel, jetzt zu Hirschberg in Schles., und Ernst Großmann zu Sorau sind zu f. Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Ingenieuren bei der Niederschles.-Märk. Eisenbahn daselbst befördert worden.

## Telegraphische Nachrichten.

**Dresden, 21. Mai.** Nach den vom „Dresdner Journal“ heute vollständig mitgetheilten Reden des Ministerpräsidenten v. Friesen äußerte derselbe in der Kammerdebatte vom 19. d.:

„Die Artikel auswärtiger Zeitungen über Sachsen seien Zusendungen aus Sachsen, die zu dem bestimmten Zwecke dahin geseht werden, um Sachsen dem ganzen Deutschland zu denunzieren als ein Nest von lauter Reichsfeinden, von Gegnern und Feinden des Reichs, als angefüllt von Parteien mit reichsfeindlichen Tendenzen, und um die sächsische Regierung möglichst zu diskreditiren.“

Sodann bemerkte der Minister in einer Entgegnung auf die Rede des Abg. Dr. Wiedemann weiter:

„Reichstreue sind wir Alle; glauben Sie mir, mögen die Ansichten über das Mehr oder Weniger, was nach der einen oder der anderen Seite hin zugeht, noch so verschieden sein, ich kann Ihnen mit Bestimmtheit versichern, Sie haben in Sachsen nicht 100 Menschen, die nicht den gegenwärtigen Zustand mit vollem Herzen acceptirten, und die nicht ernst und aufrichtig wünschen, daß Sachsen innerhalb des deutschen Reichs und das deutsche Reich mit Sachsen groß und mächtig und glücklich sei und bleibe.“

**Best, 21. Mai.** Das Oberhaus hat das Anleihegesetz, nachdem dasselbe vom Finanzminister kurz motivirt worden war, mit allen gegen eine Stimme genehmigt.

**Brüssel, 21. Mai.** Der russische Gesandte Graf Bludoff und der Flügeladjutant des Königs, General Baron Chazal, sind dem Kaiser Alexander von Rußland entgegengekreist. Der König begiebt sich zum Empfange des Kaisers nach Antwerpen.

**Paris, 21. Mai.** Der Herzog von Decazes ist gestern Abend von Versailles hier eingetroffen, um den Botschafter des deutschen Reichs, Fürsten Hohenlohe, zu empfangen.

**Barcelona, 21. Mai.** Die Carlisten sind bei Villavella, unweit Tarragona, von den Regierungstruppen geschlagen worden, sie haben in dem Gefechte 61 Tode verloren.

**Rom, 21. Mai.** In der heutigen Sitzung der Deputirten-Kammer trat der Ministerpräsident Minghetti für den Gesetzentwurf betreffend die Nullität der nicht registrierten Akte mit großer Entschiedenheit ein und erklärte, daß das Ministerium das Eingehen auf die artikelweise Verathung des Gesetzentwurfes zur Kabinettsfrage mache. Es soll zunächst über den von der Regierung zurückgewiesenen Antrag des Ausschusses abgestimmt werden, der dahin lautet, daß die Deputirtenkammer auf eine Spezialverathung des Gesetzentwurfes nicht eingehen möge.

**London, 21. Mai.** Der Kaiser von Rußland und der Großfürst Alexis haben gestern an einem vom Grafen Derby im auswärtigen Amte gegebenen Banquet Theil genommen, bei welchem auch die Prinzen und Prinzessinnen des kgl. Hauses, die Mitglieder des diplomatischen Corps und die sämtlichen Minister gegenwärtig waren. Nach dem Diner fand großer Empfang bei der Gräfin Derby statt. Heute haben Kaiser Alexander und der Großfürst Alexis vom Prinzen und von der Prinzessin von Wales, sowie von dem Herzoge und der Herzogin von Edinburgh begleitet, London verlassen und sind um 1 Uhr in Gravesend eingetroffen. Der Kaiser empfing noch den Major von Grafend in Audienz, bezog sich sodann aber alldahl an Bord seiner Corvette und fuhr auf derselben nach Blissingen weiter. — Fürst Hohenlohe hat Steephill Castle auf der Insel Wight zum Sommeraufenthalt gemiethet. — Der Strike der ländlichen Arbeiter in Lincolnshire ist jetzt durch einen Vergleich mit den Arbeitgebern beigelegt worden.

**Kopenhagen, 21. Mai.** Die Konzession zur Anlegung einer Eisenbahn von Nykjöbing nach Gjedser-Øde auf Falster, sowie zu einer Hafenanlage an letzterem Orte und Herstellung einer Dampfbootverbindung mit der deutschen Küste (wahrscheinlich Warnemünde) ist den Eisenbahn-Bauunternehmern Julius Stichel und Karl Kiesebeck aus Berlin verliehen worden. Konzessionsbedingung ist, daß 10 pCt. des Baukapitals vor Schluß des laufenden Jahres garantirt sein müssen.

## Vom Landtage.

### 27. Sitzung des Herrenhauses.

**Berlin, 21. Mai.** 12 Uhr. Am Ministertisch: Camphausen, Falk, Leonhardt und Kommissare.

I. In Schlussberatung wird der Gesetzentwurf, betreffend einige Abänderungen der Vorschriften über die Besteuerung der Ge-

werbe der Bäcker, Fleischer, Brauer, der Agenten der Versicherungsgesellschaften, der Kleinhändler und des Gewerbetreibenden im Umherziehen, gemäß dem Antrage des Referenten Hasselbach, in der vom Hause der Abgeordneten beschlossenen Fassung unverändert angenommen.

II. Zu den Uebersichten der Staatseinnahmen und Ausgaben des Jahres 1872, wird auf Antrag des Referenten Graf v. d. Schulenburg-Angern beschlossen (im Einklang mit den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses): 1) In Kapitel 12, Tit. 2 des Extraordinariums (Statistisches Bureau): a) In Erwägung, daß im Jahre 1872 nur 20,000 Thlr. zur Verwendung gelangt sind, statt 50,000 Thlr. nur 20,000 Thlr. zu bewilligen, b) bei etwaiger Nachforderung im nächsten Jahre eine Spezialisirung der Gesamtausgabe der Volkszählung von 1871 vorzulegen. 2) Vorbehaltlich der bei der Prüfung der Rechnung sich etwa noch ergebenden Erinnerungen: a) die nachgewiesenen Etatsüberschreitungen für das Jahr 1872 mit 11,160,041 Thlr. 20 Sgr. 10 Pf., b) an außeretatmäßigen Ausgaben 6124 Thlr. 16 Sgr. 1 Pf., im Ganzen 11,166,166 Thlr. 6 Sgr. 11 Pf. nachträglich zu genehmigen.

Die Monita des anderen Hauses betreffs der technischen Lehranstalten in den Provinzen sowie des Dispositionsfonds für die Verwaltung des Innern eignen sich das Haus nicht an.

III. Der Gesetzentwurf, betreffend die im Jahre 1875 vor Feststellung des Staatshaushalts-Stats zu leistenden Staatsausgaben wird auf Antrag des Referenten Wilsens unverändert angenommen.

IV. Bezüglich der allgemeinen Rechnung über den Staatshaushalt des Jahres 1871 beschließt das Haus nach dem Vorschlag des Referenten Grafen v. d. Schulenburg-Angern, den Beschlüssen der Abgeordneten beizutreten und unter den in diesen Beschlüssen gemachten Vorbehalten die Entlastung der Staatsregierung in Bezug auf die allgemeine Rechnung des Jahres 1871, sowie in Bezug auf die Verwaltung des Staatsschatzes für dasselbe Jahr auszusprechen.

V. Schlussberatung des Gesetzentwurfes betreffend die Bereitstellung einer Summe von 340,000 Thlr. zum Ankauf der Suermondt'schen Sammlung von Gemälden und Handzeichnungen älterer Meister aus den Verwaltungsbüchern des Jahres 1873. v. Götler legte als Referent die aus den Berathungen des anderen Hauses bekannten Thatsachen dar und plaidirt warm für allseitige Zustimmung.

Graf Schulenburg-Beegendorf erklärt sich gegen eine solche informenfurale Bevorzugung der Residenz. Es gäbe ja Kunstkenner, welche für das, was sie als Perlen ansähen, keinen Preis zu hoch hielten; aber der Landtag wäre für die Residenz in dieser Session wahrlich nicht kurz gewesen. Ihm schiene, als wenn wir in unserm neuen Ueberflus mit dem Geld zu klappern liebten und daß dieses Geräusch schon Leute anziehe, welche uns das Geld abnehmen wollten. Geh. Rath Schöne: Die Suermondt'sche Sammlung enthalte nur eine mäßige Zahl von Werken, ihr Vorrath bestände darin, daß sie keine Bilder von wirklich geringem Werth enthalte, sie sei eben die Sammlung eines wahren Kenners, einer Kunstmobilität. Uebrigens sei die Regierung vorsichtig vorgegangen; von zwei Bildern, auf welche der Besitzer ihr einen übertriebenen Werth zu legen scheine, habe sie abgesehen; ihr scheine also doch mitunter ein Preis zu hoch, aber allerdings nicht derjenige der ganzen Sammlung. Es gelte eine der schönsten Seiten des Berliner Museums auszugleichen, dem Lande eine Sammlung zu bewahren, welche schon drohe gleich so vielen andern über den Kanal oder über den Ocean zu wandern.

Graf Lfedom (Generaldirektor der königlichen Museen): Ich habe nicht die ganze Sammlung gesehen, aber ich habe 15 Gemälde derselben in München kennen gelernt, welche mir einen außerordentlichen Eindruck gemacht haben. Die Abgabe einiger Bilder an die Provinzialmuseen würde sehr angezeigt sein; eine solche Munificenz würde in mancher Beziehung wohlthätig wirken. Es ist im anderen Hause ein Vorwurf gegen die Unterhandlungen mit Suermondt erhoben; es ist angegeben, man habe den Landtag überrumpeln wollen. Dagegen muß ich mich verwahren. Im Dezember v. J. war Herr Suermondt in Berlin; er lehnte damals alle Vorschläge zum Verkauf ab und sagte nur im Allgemeinen zu, daß, wenn er verkaufen wolle, er hierher Anzeige gelangen lassen werde. Am 1. April erhielt ich die Anzeige. Es waren in Folge der Brüsseler Ausstellung ihm auf diplomatischem Wege von Amerika aus dringende Offerten gemacht und demgemäß war keine Zeit zu verlieren. Ich knüpfte sogleich an demselben Tage telegraphisch die Verhandlungen an. Ich empfing von drei Sachverständigen Urtheile über die Sammlung; die Präfidate „mohlerhalten“ und „durch Schönheit ausgezeichnet“ waren durchgehend ertheilt. Am 25. v. M. wurden demnach von Dr. Meyer die wirklichen Unterhandlungen in Aachen begonnen und mit großer Umsicht und Geschicklichkeit zu Ende geführt. Nach seiner Rückkehr statete er sofort Bericht ab. Die Verhandlungen mit dem Kultusministerium und sodann mit dem Finanzministerium mußten zu Ende geführt, die Allerhöchste Ermächtigung eingeholt werden, dann konnte erst die Vorlage dem Landtage zugehen. In so kurzer Zeit kann schwerlich schneller gehandelt werden und ich habe im Gegentheil allen in Betracht kommenden Behörden meinen warmen Dank zu sagen. Redner weist sodann den Werth der Sammlung durch Aufzählung und Beurtheilung einzelner Bilder nach.

Graf Klenz: Ich bitte Sie dringend, die Vorlage anzunehmen, und vor Allem deshalb, weil die Hauptstadt wahrlich arm ist an ausgezeichneten Bildern. Die Metropole Preußens und Deutschlands steht weit hinter den Städten Dresden, München, Wien zurück. Es ist höchste Zeit einer Aenderung eintreten zu lassen, ich erinnere Sie nur an die Wagner'sche Gallerie, deren bekannte Schicksale für alle eine Mahnung sein sollte. Jede Schwierigkeit, die wir dem Ankauf in den Weg legen würden, kann nur die Chancen vergrößern, daß die Sammlung nach England oder Amerika kommt. Natürlich kann in einer solchen Sammlung nicht alles gleich sein; aber die Bilder zweiter Klasse lassen sich noch anders verwerten.

Auf Anfrage des Grafen Schulenburg-Beegendorf theilt Geh. Rath Schöne mit, daß der Restaurator Schmidt, der Direktor Dr. Julius Meyer und der Assistent Dr. Wilhelm Bode — alle drei vom königlichen Museum — die zu Rath gezogenen Sachverständigen gewesen sind.

Nachdem noch Referent v. Götler betont, daß es sich nicht um die Ausschmückung der Residenz, sondern um die allernothwendigste Pflege der Kunst handle und es als unentbehrlich erklärt hat, daß das Herrenhaus die Verantwortlichkeit auf sich nehme, den Ankauf zum Scheitern zu bringen, nimmt die große Majorität des Hauses den Entwurf an. (Dagegen die Grafen Lippe, Krassow, Schulenburg-Beegendorf und einige andere.)

Es folgen Petitionen.

VI. Ueber die Petitionen des Magistrats zu Gransee, um Tilgung der 1806/7 entstandenen städtischen Schul-, des neumärkischen Kommunal-

Landtages wegen Uebernahme der Neumärkischen Kriegsschuld und des Grafen von Königsmark wegen Uebernahme der Kurmärkischen Kriegsschuld Seitens des Staates geht das Haus zur Tagesordnung über, ebenfalls über die Petition hannoverscher Gerichtsbögle um Erhöhung des Gehalts und der Wohnungszuschüsse. Derselbe Beschluß wird den Petitionen der Kommunalbeamten von Salzweil um Regulirung der Gehaltsverhältnisse der Gemeindebeamten und der rheinischen Landbürgermeister, um Pensionserhöhung, zu Theil. Ueber die Petition des Bauernvereins zu Kl. Ruß, betr. Bestrafung des Kontraktbruchs und die Unterdrückung der auswärtigen Mächten schwebenden Verhandlungen. Die Petition von Einwohnern Wiesbadens, dahin zu wirken, daß das Institut des Notariats im Bezirk des vormaligen Herzogthums Nassau eingeführt, auch diese sofort nach der Einverleibung erwartete wesentliche Verbesserung des gesellschaftlichen Zustandes dem Bezirke nicht länger vorenthalten, sondern ohne Verzögerung im Wege provisorischer Verordnung oder Gesetzes dem Bezirke verliehen werde, wird endlich der Regierung zur Erwägung übergeben.

Nachdem sodann v. Frankenberg-Ludwigsdorf dem Präsidenten den Dank des Hauses für seine Geschäftsleitung ausgesprochen und Präsident Graf Otto zu Stolberg dem Hause wegen seiner Nachsicht und dem Bureau wegen seiner Unterstützung gedankt hat, verliest der Präsident die übliche Uebersicht über die Geschäftstätigkeit des Hauses während der letzten Session und schließt die Sitzung mit einem dreimaligen Hoch auf Se. Maj. den König.

Schluß der Sitzung 2½ Uhr.

### 72. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

**Berlin, 21. Mai, 10 Uhr.** Am Ministertisch mehrere Kommissarien.

Abg. Sasse berichtet Namens der Geschäftsordnungs-Kommission über die resp. Schreiben des Justizministers, in denen er die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung der „Eupener Zeitung“, der „Gazeta torunská“ und des „Katholik“ nachsucht. Der Referent will den genannten Zeitungen nicht den Gefallen thun die betreffenden Artikel, die unzweifelhaft Beleidigungen des Abgeordnetenhauses enthalten, zu verlesen und dadurch ihre Verbreitung zu fördern, sondern ersucht das Haus seiner gewohnten Praxis gemäß derartige Preßerzeugnisse, die sich selbst richten, einfach zu ignoriren, wie es dasselbe mit Zeitungsartikeln gethan hat, die noch deutlicher waren. Das Haus tritt dieser Auffassung einstimmig bei.

Sodann berichtet Abgeordneter Thilo Namens der Justizkommission über das Schreiben des Abgeordneten Grafen zu Stolberg-Stolberg, betreffend die gegen ihn eingeleitete Untersuchung. Der Antrag der Kommission geht dahin:

Das Haus wolle beschließen: in Erwägung, daß durch die am 21. und 25. Januar 1874 erfolgte Einleitung einer strafgerichtlichen Untersuchung gegen den Abgeordneten Grafen zu Stolberg-Stolberg ohne Genehmigung des Abgeordnetenhauses zwar objektiv eine Verletzung des Artikels 84 Absatz 2 der Verfassungsurkunde vorliegt, jedoch nach Lage der Sache nicht anzunehmen ist, daß die Justizbehörde zu Köln in dieser Beziehung vorläufig oder fahrlässig gehandelt habe, da endlich nach Mittheilung des Justizministers vom 20. Februar 1874 das Strafverfahren wider den Abgeordneten Grafen zu Stolberg-Stolberg für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben worden, über den Antrag des Abgeordneten Grafen zu Stolberg-Stolberg vom 10. Februar 1874 zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Windthorst (Weppen): Einen Gegenantrag will ich nicht stellen, aber darauf aufmerksam machen, daß es allerdings auffallend ist, daß Männer in der Lebensstellung eines Oberprokurators keine Kunde davon haben, wer in ihrer Provinz zum Abgeordneten gewählt ist. Außerdem wird das bekannt gemacht im „Staatsanzeiger“ und in den Regierungsblättern, die meiner Meinung nach von solchen amtlichen Personen gehalten werden müssen. Uebrigens stand der Mann, der mit der Hausführung beauftragt war, den Verhältnissen näher und mußte also auf das Sachverhältnis aufmerksam machen. Jedenfalls wird dieser Vorgang die Veranlassung geben, und er hätte ihn schon der Kommission geben sollen, zu erwägen, wie es zu machen sei, daß die Provinzialbehörden davon Kenntniß bekommen, wer Abgeordneter ist; denn das Haus sucht in heutigen Tagen gar nichts so Ungewöhnliches mehr. Wir werden also auch bei der Kriminal-Prozessordnung zu erwägen haben, welche Garantien gegen das Ueberhandnehmen der Hausführungen geschaffen werden können, und ob es nicht möglich ist, in Deutschland die Grundsatze zur Geltung zu bringen, daß das Haus eine feste Burg ist für die Freiheit und Sicherheit der Person. — Die Diskussion wird geschlossen.

Referent Thilo: Die Kommission hat diese Fragen wohl erwogen, aber einen Beschluß nicht gefaßt, da es nicht die Regel sei, daß Abgeordnete gegen die Strafgesetze fehlten. (Heiterkeit.)

Abg. Windthorst bedauert, daß der Referent diese Mittheilung nicht vorher gemacht hat, jetzt nach Schluß der Diskussion ist dem Redner jede Aeußerung darüber abgeschnitten.

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Es folgen Wahlprüfungen. Die Wahl des Abg. Hurgig, der im 27. hannoverschen Wahlbezirk mit der Majorität von nur 1 Stimme gewählt worden war, wurde bereits im Anfang der Session beanstandet und wird heute auf Grund der inzwischen erfolgten amtlichen Erhebungen bezüglich des Widerspruches zwischen der Abstimmungsliste und dem Wahlprotokoll einstimmig kasstrirt.

In Betreff des Abg. Wendorff wird beschlossen, daß derselbe durch seine Ernennung zum Mitgliede des Verwaltungsgerichts des Regierungsbezirks Straßburg Sitz und Stimme im Abgeordnetenhaus verloren habe.

Auch die Wahl des Abg. Warburg war früher beanstandet worden, weil behauptet worden war, daß während der drei Tage, während welcher in Altona die Abtheilungslisten ausgearbeitet wurden, Wählern verweigert worden sei, die Listen einzusehen und Notizen zu machen.

Die Abtheilung beantragt nach Feststellung der Thatsache, daß die behauptete Unregelmäßigkeit wirklich stattgefunden hat, die Wahl sämtlicher Altonaer und dreier Wahlmänner zu Otensen, sowie die Wahl des Abg. Warburg im 8. schleswig-holsteinischen Wahlbezirk für ungültig zu erklären und den Minister des Innern zu ersuchen eine Neuwahl sowohl der bezeichneten Wahlmänner als des Abgeordneten zu veranlassen.

Abg. Wallisch beantragt, nicht alle, sondern nur 26 näher bezeichnete Wahlmännerwahlen in Altona zu kasstriren, im Uebrigen aber dem Antrage der Abtheilung nachzugeben. Im Laufe der sehr eingehenden Diskussion, an welcher sich auch der Regierungskommissar Landrath von Brauchitsch betheiligte, bringt der Abg. Windthorst



(Weppen) den Antrag ein, die Wahl zur nochmaligen Prüfung an die Abtheilung zurückzuverweisen. Das Haus entscheidet sich aber dem Antrage der Abtheilung gemäß.

Hinsichtlich der Wahl im ersten Kößliner Wahlbezirk beantragt die Abtheilung: „1) die Wahl der Abgeordneten Staatsminister Delbrück und GutsMuths für gültig zu erklären, 2) die Staatsregierung aufzufordern, dem Regierungspräsidenten v. Rumpff ihre Mißbilligung wegen der von ihm verschuldeten Wahlbeeinflussung auszusprechen.“

Dagegen beantragen die Abgg. Schröder (Lippstadt) und Parisius die Wahl für ungültig zu erklären. Im Laufe der sehr ausgedehnten eingehenden Diskussion beantragt der Abg. Lipke, die Sache zur schriftlichen Berichterstattung an die Abtheilung zurückzuverweisen, eventuell auch die Wahl des Abgeordneten v. Denzin, der von denselben Wahlmännern gewählt ist, für ungültig zu erklären. Präsident von Bennigsen erklärt, daß dieser letztere Antrag nicht zulässig sei, weil die Wahl des Abgeordneten von Denzin schon am 15. Mai für gültig erklärt sei. Darüber entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte, in welcher der Abgeordnete Lipke als Mitglied der Abtheilung erklärt, daß er und noch ein Kollege in der Abtheilung beantragt hätten die Wahlen der drei Abgeordneten nicht von einander zu trennen. Abg. Lasker führt aus, daß die Gültigkeitserklärung der Wahl v. Denzin's die Kassirung der Wahlmänner, die ihn und die Herren Delbrück und Kette gewählt haben, schlechthin verbiete die Wahl der beiden letzteren Abgeordneten noch ferner in Frage zu stellen. Nachdem Abg. Lipke den eventuellen Theil seines Antrages, sofern er Herrn v. Denzin betreffe, zurückgezogen hat, wird der erste Theil desselben, die Zurückverweisung der Angelegenheit an die Abtheilung zur schriftlichen Berichterstattung, angenommen.

Alsdann wird ein Schreiben des Vicepräsidenten des Staatsministeriums, Finanzminister Camphausen an den Präsidenten verlesen: „Er. Hochwohlgeboren erlaube ich ganz ergebenst die Mitglieder des Hauses der Abgeordneten zu einer vereinigten Sitzung beider Häuser des Landtages zur Entgegennahme einer Allerhöchsten Botschaft auf heute um 4 Uhr nach dem Sitzungssaale des Hauses der Abgeordneten gefälligst einladen zu wollen.“

(Die Dispositionen in Betreff des Schließungsaktes haben mehrfach geschwankt. Im Laufe der heutigen Sitzung ergab sich die Möglichkeit, die Session schon um 4 Uhr statt um 7 Uhr Abends zu schließen, da Graf Stolberg auf eine Anfrage des Präsidenten v. Bennigsen die Erledigung der Arbeiten des Herrenhauses bis dahin in Aussicht stellen konnte.)

Nachdem das Haus sich nunmehr zu vertagen beschloffen hat, erübrigt für den Präsidenten nur noch die durch die Geschäftsordnung nicht vorgesehenen, aber durch die Praxis befestigten Formen für die Abhaltung einer kombinierten Sitzung beider Häuser unter Vorsitz des Präsidenten des Herrenhauses zu bestimmen und die übliche Uebersicht über die Arbeiten des Hauses zu geben.

Präsident v. Bennigsen: Das Haus hat in der gegenwärtigen Session vom 12. November v. J. bis zum 25. Februar d. J. und demnachst vom 13. April ab getagt, in dieser Zeit von 119 Tagen, ausschließlich der Sonn- und Festtage haben 72 Plenarsitzungen, mehr als 150 Sitzungen der Abtheilungen und mehr als 200 Sitzungen der Kommissionen resp. Etatsgruppen und daneben eine sehr erhebliche Zahl von Fraktionsitzungen stattgefunden. An Vorlagen sind dem Hause zugegangen: Der Staatshaushalts-Etat für 1874 nebst zwei Nachträgen, die allgemeinen Rechnungen für 1871, die Uebersichten der Einnahmen und Ausgaben für 1872, der Bericht der Specialkommission zur Untersuchung des Eisenbahnkonjunktionswesens, vier Rechenschaftsberichte, ein Antrag der Staatsregierung wegen Vertagung des Landtages, ein Bericht der Staatsschuldenkommission, ein Regulativ über den Geschäftsgang der Oberrechnungskammer, die Rechnungen der Oberrechnungskammer. Von diesen 14 Vorlagen sind der Bericht der Eisenbahnkommission und ein Rechenschaftsbericht, der erst am 20. d. Mts. eingegangen ist, unerledigt geblieben, die übrigen sowohl hier wie im Herrenhause erledigt worden. Ferner sind dem Hause an Gesetzentwürfen zugegangen unmittelbar von der Staatsregierung 43, durch das Herrenhaus 12, im Ganzen 55; an Kommissionen überwiesen 16, bei 32 Gesetzen wurde in der ersten Lesung die fernere Berathung im Plenum beschlossen und 7 Vorlagen sind überhaupt nicht zur Berathung gelangt; von den in die Berathung gelangten 48 Gesetzentwürfen sind vier nach der ersten Berathung hier unerledigt geblieben, 1 von dem Abgeordnetenhaus abgelehnt, 41 vom Abgeordnetenhaus und Herrenhause übereinstimmend angenommen, 2 hier angenommen, aber im Herrenhause unerledigt geblieben. Von Mitgliedern des Hauses sind eingebracht 9 Gesetzentwürfe. Davon ist ein Entwurf vom Hause angenommen, dagegen vom Herrenhause abgelehnt worden, 2 sind und zwar einer in dritter Berathung und nach Erstattung des Kommissionsberichts in einem Falle unerledigt geblieben. Außerdem sind von Mitgliedern des Hauses eingebracht 21 selbstständige Anträge. Davon sind 10 angenommen und die übrigen 11 Beschlüsse der königlichen Staatsregierung mitgetheilt, einer zurückgezogen, einer abgelehnt, 2 durch Uebergang zur Tagesordnung, 2 durch anderweit gefaßte Beschlüsse für erledigt erklärt, 5 unerledigt geblieben. Interpellationen sind von Mitgliedern des Hauses gestellt 9, welche sämmtlich von der Staatsregierung beantwortet worden sind. Petitionen sind überhaupt eingegangen 1456, und von den verschiedenen Kommissionen sind 23 Berichte über Petitionen erstattet. Erledigt sind 182 Petitionen durch Ueberweisung an die Kgl. Staatsregierung, 235 Petitionen durch Annahme von Gesetzentwürfen, Resolutionen zc., 44 durch Uebergang zur Tagesordnung, eine Petition durch Zurücknahme, 280 sind zur Erörterung im Plenum für nicht geeignet erachtet. 714 Petitionen sind unerledigt geblieben. Ueber Beleidigungen des Hauses und einige von Mitgliedern desselben angebracht Schreiben sind 8 Kommissionsberichte erstattet, deren Erledigung im Plenum stattgefunden hat. Die Wahlen der Mitglieder des Hauses sind von den Abtheilungen sämmtlich geprüft und darüber 26 besondere Berichte erstattet worden. Ueber die Wahl in 6 Wahlkreisen hat eine definitive Beschlüßfassung des Hauses noch nicht stattgefunden. Gegenwärtig sind mit Berücksichtigung der heute für ungültig erklärten Wahlen 7 Mandate erledigt.

Abg. v. Bonin: Da ich die Ehre hatte, die diesmalige Session als das damals älteste Mitglied des Hauses zu eröffnen (später ist bekanntlich Herr v. Gerlach eingetreten), gestatten Sie mir auch wohl, daß ich bei dem bevorstehenden Schluß dieser lausannauernden, inhaltreichen und inhaltsschweren Session Ihnen den Vorschlag mache, unserm verehrten Herrn Präsidenten für seine aufopfernde Thätigkeit, seine Unschuld und seine zu unserer Freude so scharfende Leitung der Geschäfte unseren Dank auszusprechen und dies dadurch zu bekunden, daß Sie sich von Ihren Sitzen erheben. (Dies geschieht unter lautem und wiederholtem Beifall des gesammten Hauses.)

Präsident v. Bennigsen: Ich spreche Ihnen meinen aufrichtigen und herzlichen Dank aus für die wohlwollende Beurtheilung meiner Thätigkeit, für die energetische und bereitwillige Unterstützung, welche ich in meinem Amte während der ganzen Dauer der Session von allen Seiten des Hauses erfahren habe. Es muß für mich eine freudige Befriedigung sein, wenn es mir wirklich gelungen sein sollte, in dieser anstrengenden und nicht immer von stürmischer Aufregung freien Session auch nur einigermaßen das ehrende Vertrauen zu rechtfertigen, welches Sie mir durch die Wahl zu ersten Präsidenten erwiesen haben. Besonders spreche ich meinen Dank noch aus meinen Kollegen im Gesamtvorstande, den Vicepräsidenten, Schriftführern und Quästoren, deren bereitwillige Unterstützung mein Amt so wesentlich erleichtert hat. Indem wir jetzt im Begriffe sind, uns zu trennen, fordere ich Sie auf, mit mir in den freudigen Ruf einzustimmen: Es lebe Se. Majestät der deutsche Kaiser, König Wilhelm von Preußen, er lebe hoch! und abermals hoch! und zum dritten Mal hoch! (Das Haus stimmt begeistert in den Ruf ein.) — Schluß 2 1/2 Uhr.

Um 4 Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen. Die Mitglieder des Herrenhauses sind sehr zahlreich erschienen. Am Ministerisch befinden sich Camphausen, Graf zu Eulenburg, Dr. Leonhardt, Dr. Falk, v. Kamete und Achenbach.

Graf Stolberg übernimmt den Vorsitz und beruft zu Schriftführern vom Abgeordnetenhaus die Abgg. Lieber und Sachs, vom Herrenhause die Herren von Bog und von Neumann. Das Wort erhält dann der Vicepräsident des Staatsministeriums Camphausen: Ich habe eine Allerhöchste Botschaft zu verlesen. (Das Haus erhebt sich.) Wir Wilhelm von Gottes Gnaden, König von Preußen, haben auf Grund des Artikels 77 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 den Vicepräsidenten Unseres Staatsministeriums Camphausen beauftragt, die gegenwärtige Sitzung beider Häuser des Landtages Unserer Monarchie am 21. Mai dieses Jahres in Unserem Namen zu schließen. Gegeben Wiesbaden, den 20. Mai 1874. Kraft des mir ertheilten Allerhöchsten Auftrages erkläre ich im Namen Sr. Majestät den Landtag der Monarchie für geschlossen.

Graf Stolberg: Ehe wir uns trennen, fordere ich Sie auf, und ich glaube damit Ihrer aller Meinung zu treffen, unsere Thätigkeit mit dem Rufe zu schließen, mit dem wir sie begonnen haben: Se. Majestät unser Allergnädigster Kaiser, König Wilhelm von Preußen hoch! hoch! hoch! (Das Haus wiederholt den Ruf lebhaft.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

## Brief- und Zeitungsberichte.

△ Berlin, 21. Mai. Ueber die Vorgänge in Frankreich und den mutmaßlichen Ausgang der dortigen Ministerkrise kreuzen sich sowohl in der Presse als in den politischen Kreisen die Meinungen. Vor allen Dingen ist daran festzuhalten, daß die Reichsregierung sich jeder Einmischung in die französischen Wirren mit äußerster Strenge enthält. Wenn ein Korrespondent, der durch seine Sensationsnachrichten sich einen besonderen Ruf erworben hat, behauptet, die Berufung eines Ministeriums Goulard habe hier angenehm berührt und es seien bereits in dieser Richtung vertrauliche Aeußerungen zwischen der Regierung ausgetauscht, so ist das eine Behauptung, die sich auf den ersten Blick als unrichtig charakterisirt. Es ist selbstverständlich, daß man in einem solchen Stadium, wo nur erst Goulard mit der Bildung eines Ministeriums beauftragt worden, keine Veranlassung haben kann, sich von Regierung zu Regierung zu äußern und in Erörterungen darüber einzutreten. Die Bildung eines neuen Ministeriums in Frankreich ist aber auch eine rein interne Angelegenheit, mit der die deutsche Politik absolut nichts zu schaffen hat. — Ob Herr von Werther wieder in den diplomatischen Dienst eintreten wird oder nicht, darüber weichen die Nachrichten fortwährend von einander ab. Nach der neuerdings in unrichtigen Kreisen sich Geltung verschaffenden Auffassung ist die Kandidatur des Herrn von Werther für Konstantinopel allerdings ernstlich in Frage gekommen; jedenfalls ist aber über die Besetzung dieses Postens augenblicklich noch keine Entscheidung getroffen. — Die Anwesenheit zweier Oberpräsidenten in Berlin, des Herrn von Bardenheubach aus der Rheinprovinz und des Herrn Günther aus Posen, hat zu dem Gerücht Veranlassung gegeben, daß mit denselben besondere politische Verhandlungen stattfinden. Ihre Anwesenheit ist jedoch lediglich durch den Umstand veranlaßt, daß sie Mitglieder des Herrenhauses sind und bei den jüngsten wichtigen Beschlüssen gegenwärtig sein wollten. Selbstverständlich ist es aber, daß die Anwesenheit so hoher Beamten nicht unbenutzt für manche Fragen bleibt, denen man aber nicht den Charakter wichtiger politischer Angelegenheiten beizulegen braucht. (Herr Oberpräsident Günther ist schon vor mehreren Tagen nach Posen zurückgekehrt.)

— Es muß in Deutschland angenehm berühren, meint die „Nordd. Allg. Ztg.“ daß unserm neuen Votschafter in Paris Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst von Seiten der pariser Publizität ein so ausgezeichnetes und sogar freundlicher Empfang zu Theil wird, wie aus dem nachstehenden Artikel der bisher offiziellen „Presse“ zu entnehmen ist, den wir daher unbeschränkt (mitfammt den uns natürlich bekannten tatsächlichen Notizen) hier wiedergeben:

Mehrere Zeitungen melden das erfolgte Eintreffen des neuen deutschen Votschafters, Fürsten von Hohenlohe, in Paris. Diese Nachricht ist verifizirt. Der Votschafter hat Berlin zwar am vorigen Donnerstag verlassen, hat sich aber zunächst nach München begeben, um sich von seinem unmittelbaren Landesherren, dem Könige von Bayern, zu verabschieden. Erst gegen Ende dieser Woche wird der Fürst in Paris erwartet. Bei dieser Gelegenheit mögen einige biographische Notizen über den Nachfolger des Grafen Arnim ihren Platz finden, da man jenen, im Gegensatz zu letzterem, als einen Frankreich entschieden feindlichen Staatsmann hat hinstellen wollen. Fürst Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst ist am 31. März 1819 geboren und Haupt einer zu Beginn des Jahrhunderts mediatisirten reichsunmittelbaren Familie, deren Besitzungen gegenwärtig den „Mittelranken“ benannten Kreis des Königreichs Bayern bilden. Großkammerer der bairischen Krone, ehemaliger Ministerpräsident des Königs von Bayern, war Fürst Chlodwig in letzter Zeit Vizepräsident des Deutschen Reichstages. Die Fürstin Hohenlohe, geb. am 16. Februar 1829, ist die Tochter des Fürsten Ludwig von Sahn-Wittgenstein-Verleburg (der Bruder der Fürstin Prinz Peter von Sahn-Wittgenstein, Flügel-Adjutant des Kaisers Alexander, ist russischer Militär-Bevollmächtigter in Paris). Sie haben fünf Kinder: Prinzessin Elisabeth, geboren den 30. November 1847; Prinzessin Stephanie, geboren den 6. Juli 1851, vermählt mit dem Erbgrafen von Schönborn; Erbprinz Philipp, geboren den 5. Juni 1853, und die Prinzen Moritz und Alexander, geboren den 6. August 1862. Von den Brüdern des neuen Votschafters nennen wir den Herzog v. Ratibor, den Kardinal Fürst Hohenlohe und den Fürsten Konstantin, ersten Ober-Hofmeister des Kaisers von Oesterreich. Wie man sieht, sendet Hr. v. Bismarck uns eines der vornehmsten Mitglieder des hohen deutschen Adels. Fürst Hohenlohe ist ein Liberaler und ist als solcher während seiner ganzen politischen Laufbahn ein entschiedener Anhänger Preußens gewesen. Was seine Gesinnungen Frankreich gegenüber anlangt, so wäre es unseres Erachtens nach gänzlich unrichtig, ihn als einen Feind unseres Landes hinzustellen. Erst ganz neuerdings hat er bei dem zu seinen Ehren von der parlamentarischen Fraktion, der er zugehört, veranstalteten Abschiedsbankett Gelegenheit genommen, Frankreich seine Huldigung darzubringen. In Beantwortung des Toastes nämlich, den der Vorsitzende des Banketts auf ihn ausbrachte, erwiderte er wörtlich Folgendes: „Ich bin berufen, Kaiser und Reich bei einer Nation zu repräsentiren, welcher die erhablichsten Vertreter des deutschen Volkes das Verdienst zuerkennen müssen, als erste unter den Nationen des Kontinents die großen Ideen politischer Freiheit proklamirt zu haben, auf denen der moderne Staat beruht.“

— Für den Präsidenten des Abgeordnetenhauses ist, neuester Nachricht zufolge, eine Amtswohnung in dem neuerbauten Eckhause der Leipziger- und Charlottenstraße gemiethet worden. — Die „Nat.-Z.“ berichtet über ein Abschiedsmahl der nationalliberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses, das gestern Nachmittag stattfand, wie folgt:

Inhaltreiche Tischreden, in besondere des Abg. Miquel über die Aufgaben der Partei als einer mit Besonnenheit die Regierung in liberalen verfassungsmäßigen Bahnen fühlhaltenden und unterstützenden wahrhaften Volksparlament, des Abg. Lasker über die Wirksamkeit und Verdienste des Präsidenten v. Bennigsen, sowie des letzteren über die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion erhoben die Festgenossen. Sie entrollten ein Bild der parlamentarischen Lage in den beiden ersten Sessionen des Reichstages und des Landtages nach deren Neu-

wahl, welches wohl geeignet war, sowohl Befriedigung über den Verlauf der Vergangenheit wie Hoffnung für die künftigen Sessionen der Legislaturperiode zu erwecken. Andere Toaste galten dann dem Abg. Lasker als dem unermüdeten Mahner an die ewigen Prinzipien des Rechts und der Gerechtigkeit auch in allem politischen Handeln und den als Gäste anwesenden Herren Hugo Wefendorf und Berthold Auerbach. Erst spät trennte sich die Versammlung in dem gestärkten Bewußtsein ihrer Mitglieder, durch das auf die höchsten Ziele menschlichen Wirkens gerichtete Zusammenschließen zahlreicher Genossen aus allen Theilen des Vaterlandes den Werth des eigenen Bestehens trotz aller seiner Mängel wahrhaft gehoben und bereichert zu haben.

Nach Mittheilung der „BAC.“ zählte die nationalliberale Fraktion am Schluß der Landtagssession, abgesehen von Herrn von Bennigsen, der sich der Sitte gemäß als Präsident des Hauses keiner Fraktion angeschlossen hat, 174 Mitglieder; die im Laufe der Session durch den Tod oder sonst in ihren Reihen eingetretenen Lücken sind bei den Nachwahlen sämmtlich durch Parteigenossen — und zwar durch die Herren Böhm, Löwenstein und v. Sybel — wieder ausgefüllt worden.

— Verschiedene Korrespondenten schreiben: „Schleswig-holsteinische Abgeordnete wollen die erfreuliche Nachricht erhalten haben, daß der Ober-Präsident ihrer Provinz, Herr v. Scheel-Plessen, definitiv seine Entlassung aus dem Staatsdienste nachgesucht habe. Die Abgeordneten schmeicheln sich der Hoffnung, daß ihm diese gewährt und ein vielgenannter liberaler Abgeordneter zu seinem Nachfolger ernannt werde.“ (Schon neulich verlangte Aehnliches, als Herr v. Scheel nach Italien ging; er kam aber wieder und alles blieb beim Alten.)

— [Presse.] Die „Tribüne“ zeigt heute an, daß sie vom 2. Juni ab täglich erscheinen und dafür den Abonnementspreis um vierteljährlich 15 Sgr. — erhöhen wird. Die Herstellungskosten seien so bedeutend, daß sie durch den Wegfall der Stempelsteuer allein nicht gedeckt werden. — Nachdem die „Rheinische Zeitung“, das Organ der Fortschrittspartei in den westlichen Provinzen, sich aus einer täglich zweimal in eine täglich einmal erscheinende Zeitung verwandelt hat, wird dieselbe nun, wie es heißt, definitiv mit dem 1. Juli d. J. zu erscheinen aufhören. Es ist eigenthümlich, daß eines der berüchtigsten Organe der Ultramontanen, die „Augsburger Post Zeitung“, das Eingehen der „Rheinischen Zeitung“ schon zu Anfang März mit Bestimmtheit voraus verkündet hat, und zwar in einer Berliner Korrespondenz, welche man schon damals auf ein Mitglied des Zentrums des Abgeordnetenhauses zurückgeführt hat. Die Zeitung war im Anfange der fünfziger Jahre durch den Dr. Becker, später Mitglied des Abgeordnetenhauses und z. B. Oberbürgermeister zu Dortmund und als solcher Mitglied des Herrenhauses (dem berühmten „rothen Becker“), in das Leben gerufen worden.

— Vor dem hiesigen Schwurgericht standen Mittwoch die Sozialdemokraten Tischerger, Schmitz aus Bielefeld und Zigarrenmacher Eck aus Bielefeld, angeklagt des schweren Landfriedensbruchs. Die Angeklagten waren die Hauptführer einer jener bei den Sozialdemokraten jetzt so beliebten gewaltthätigen Versammlungen-Sprengungen gewesen. Im vorliegenden Falle handelte es sich um die Sprengung einer Versammlung des aus den Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine hervorgegangenen sozialpolitischen Vereins am 28. Dezember v. J. Die Geschwornen bejahten die Schuldfrage, bewilligten jedoch mildernde Umstände. Staatsanwalt Tessenfeld beantragte gegen Schmitz dritthalb, gegen Eck anderthalb Jahre Gefängnis. Das Urtheil lautete gegen Schmitz auf 1 Jahr, gegen Eck auf 6 Monate Gefängnis. — Der Staatsanwalt Tessenfeld hat gegen Andorf, den Verfasser der Marseillaise der Hasenlever'schen Zeitung, auf Grund derselben wegen Aufreizung zu Haß und Verachtung die Anklage erhoben.

Essen, 18. Mai. Die Wallfahrtsprozesse fangen wieder an. Die „Ess. Ztg.“ schreibt: Auf dem Wege von Bocholt (Bocholt) nach dem Fliegenbusch (Altenhof) begegneten gestern einer Prozession mehrere Männer, welche die Kopfbedeckung nicht abnahmen. In Folge dessen wurden dieselben von den betenden und singenden Bittgängern angegriffen, worauf es, da auch den Angegriffenen andere Personen zu Hilfe eilten, zu einer allgemeinen Schlägerei kam, bei welcher die Prozessionirenden ordentlich verprügelt worden sind.

Limburg, 18. Mai. Heute wurde dem Bischof Dr. Blum daher sein Reisewagen gerichtlich gepfändet. Es handelt sich um die erste gegen denselben wegen Zuwiderhandlung gegen die Waagegesetz erkannte Geldstrafe.

Hildesheim, 20. Mai. Der Bischof von Hildesheim hat, wie sich bei der vor Kurzem in seiner Wohnung vorgenommenen Pfändung herausgestellt hat, das Beispiel seines Kollegen von Baderborn nachgeahmt und die ihm gehörigen Mobilien mittelst schriftlichen Vertrages seiner bei ihm im Hause lebenden unverheiratheten Schwester im vorigen Jahre eigenthümlich übertragen.

Speier, 18. Mai. Im „Pfälzischen Kurier“ ist das in Sachen der Eheleute Martin zu Kusel gegen den Bischof Hanenberg von Speier unterm 3. März ergangene Urtheil des Bezirksgerichts Kaiserslautern veröffentlicht, nachdem dasselbe durch den Bericht des Bischofs auf Ergreifung von Rechtsmitteln die Rechtskraft erlangt hat. Der Thatbestand (Beleidigung der klagenden Eheleute durch das gegen die Ehefrau ergangene Exkommunikationsdekret, in welchem deren zweite Ehe ein ehebrecherisches Verhältniß genannt war) wird noch bekannt sein. Die gegen den Bischof ausgesprochene Geldstrafe beträgt 25 Tblr., die Kosten des Verfahrens, welche ihm zur Last fallen, 95 Thl. Die „Germ.“ bemerkt dazu: „Da der Herr Bischof die Kompetenz des weltlichen Gerichts in dieser Sache nicht anerkennt, so war es ihm natürlich unmöglich, zu appelliren.“

Aus Baden, 17. Mai, bringt die „Neue Frankf. Presse“ einen Artikel im Westfälischen folgenden Inhalts: Um zu erweisen, welch unangenehmes Aufsehen in kirchlichen Kreisen der Ueberstritt des Pfarrers Feig zum Aikatholizismus macht, muß man wissen, daß Feig nicht nur einfacher Pfarrer, sondern sogar erzbischöflicher Diakon ist. Der Alerger über den Vorgang hat sich denn auch bereits in der zweiten Kammer bei der Debatte über das Aikatholikengesetz Luft gemacht und es scheint hierbei die Parole befolgt zu werden, die Uebergetretenen beim Volke mbalicht zu diskreditiren. Der Abg. Lender sprach sein tiefes Bedauern über den Fall aus, er sei mit Feig ordinirt worden und müsse ihn nun sehen, wie er des Eides vergesse, den derselbe seinem Bischof eisküßt habe. Er könne gar nicht glauben, daß ein solcher Abfall lediglich durch das Dogma von der Unfehlbarkeit veranlaßt worden sei, er vermüthe vielmehr feilsche Vorgänge bedauerlicher Natur. Und der Abg. Henning empfahl seinen hiesigen Aikatholikenbruder als einen Meisgebigen, der unmöglich die Gnadenmittel wirksam spenden könne, deren er selbst verlustig gegangen sei. Siegegen trat nun Staatsminister Dr. Jolly ganz ernstlich auf und meinte die Herren vaticanischen Geistlichen sollten doch vorsichtiger sein mit dem Vorwurfe des M. ineids. Es sei ein eigenes Ding um das eidliche Verprechen, in Zukunft dies und das zu halten. Es kommen da nicht selten Mentalreservationen in's Spiel, die erlauben, denselben Gesetzen, denen man Gehorsam geschworen, Widerstand entgegenzusetzen. Siegegen sei er mit der Strenge des Gesetzes eingeschritten und werde stets dagegen einschreiten, so lange er durch das Vertrauen des Großherzogs und dieses Hauses an der Stelle sich befinde, die er gegenwärtig bekleide. Er sei schon berufen gewesen zu strafen, er habe sich aber wohl gehütet, über den moralischen Werth oder Unwerth des Betroffenen zu urtheilen.



München, 18. Mai. Wie dem „Münch. Corr.“ von hier geschrieben wird, hatte der Obmann des bairischen Kriegerbundes beim k. Kriegsministerium die Anfrage gestellt, welche Stellung dasselbe gegenüber dem Wunsche der Kriegervereine, in Bezug auf die Abhaltung von Trauerparaden und Uniformierung den preussischen Kriegervereinen gleichgestellt zu werden, einzunehmen gedenke. Das k. Kriegsministerium hat hierauf nach längerer Erwägung die Antwort erteilt, daß es sich dem bezeichneten Verlangen gegenüber ablehnend verhalten würde.

Paris, 19. Mai. Zur Zeit (4 Uhr Nachmittags) ist das neue Ministerium noch nicht fertig. Die Hauptsache, weshalb die Sache sich so in die Länge zieht, trifft den Marschall Mac Mahon, der noch in das neue Kabinett keinen der Deputierten zulassen will, welche am Sonnabend gegen die Regierung stimmen. Bleibt er dabei, so kann sich die Lage so gestalten, wie 1851, wo der damalige Präsident der Republik ebenfalls die Kammer gegen sich hatte und, um ihren Widerstand zu beseitigen, zuerst ein Ministerium außerhalb der Kammer-Majorität bildete und dann zu anderen Hilfsmitteln seine Zuflucht nahm. Die Franzosen sind jedenfalls eigenthümliche Leute. Sie hatten nicht genug mit den Erzbischofswürden, den gemäßigten Royalisten, den Orléanisten, den Thieristen, den gemäßigten Republikanern, den Gambettisten, den Ledru-Rollinisten, den Kommunisten u. s. w., sie mußten sich auch noch eine neue Partei, nämlich die Mac Mahonisten, schaffen, die um so mehr floriren, als ihr Führer sich gerade an der Spitze befindet und fast alle kommandirende Generale zu seiner Verfügung hat. Der Marschall besteht darauf, daß „seine“ Gewalt organisiert werde. Es wird behauptet, Buffet, der Präsident der National-Versammlung, habe die Bildung des Ministeriums nur deshalb abgelehnt, weil er sich nicht dazu verstehen wollte, dem Marschall carte blanche zu gewähren, um im Nothfalle die Kammer zu beseitigen. Die Erzhofalisten wollten unter keinen Umständen die Organisation der Gewalt des Marschalls zugeben. Sowohl „Univers“ wie „Union“ erklärten dieses heute. Letztere sagt:

„Man fragt uns nach unserm Programm; man vergißt, daß in diesem Augenblicke der Marschall das Wort hat. Am 20. November befragte die Versammlung die dem Marschall Mac Mahon am 24. Mai übertragenen Gewalt; wir sind bereit, sie aufrecht zu erhalten, und sie, wenn es notwendig ist, zu verneinen. Aber wir werden nicht zustimmen, in den konstitutionellen Artikeln ihren persönlichen Charakter zu befestigen, der uns allein gestattet, sie zu unterstützen, ohne unsere Prinzipien zu verläugnen. Das, was am 24. Mai beschlossen wurde und die Kammer am 20. November nicht zerstören wollte, fortsetzen und beenden, ist die Politik, welche wir immer angerathen haben. Aber das Gesetz vom 20. November wurde von seinem Zweck abgelenkt; es wurde eine Waffe gegen die Royalisten; man wollte daraus ein Verhängnisurtheil gegen die Monarchie machen, und es gehört jetzt dem Marschall an, dem Lande zu sagen, wofür er es führen will. Die Wahl seiner Minister wird uns dieses andeuten. Das Werk vom 24. Mai kann und muß wieder aufgenommen werden, aber die Zweideutigkeit vom 20. November ist für die Zukunft beseitigt.“ (Köln. Btg.)

Die republikanischen Blätter veröffentlichten folgende Note:

Gewisse Journale, darunter die „Liberté“ und der „Gaulois“, kündigen an, daß die Vorstände der drei Vereine der Linken nach der Sitzung vom letzten Sonnabend von Herrn Rouher eine Zusammenkunft verlangt hätten. Eine solche Behauptung zu widerlegen, ist gewiß nutzlos; aber es ist nicht nutzlos, deren Wiederholung zu verhindern. Wir erklären deshalb, daß sie falsch ist.

Verfaßtes, 18. Mai.

Der Präsident des linken Zentrums: Léon de Maleville. Der Präsident der republikanischen Linken: E. Duclerc. Der Präsident der Union Républicaine (Rad. Verein): Jules Cazot.

Aus London vom 19. d. Mts. wird der „Köln. Btg.“ über die Empfangsfeierlichkeiten des russischen Kaisers in der City folgendes geschrieben:

Der Empfang, welchen der Zar gestern in der City fand, war recht herzlich, blieb aber gegen frühere Kundgebungen der Art zurück. Theilweise mag dies dem Wetter zur Last fallen. In der Nacht war das Quersilber unter dem Gefrierpunkt gesunken und der Tag blieb rau und windig. Gegen den Empfang des Kaisers Nikolaus stand der gestrige allerdings ab, denn jenem Despoten gegenüber äußerte sich der englische Freiheitsgeist mitunter durch Fischen. Gestern war der Bewillkommungsruß stets „Hurrah“. Man hat die Straßen inoffen schon voller gesehen, und namentlich fehlten die Dekorationen. Flechtzweige ausgenommen, zeigten sich die Häuserflächen meist kahl. Die vorhandenen Aufschriften galten aber zumeist dem „Befreier der Leibeigenen“. Ein eifriger Freihändler benutzte die Gelegenheit, um den eingetragenen Schutzhändler englische Handelsgrundsätze anzupfehlen. Er schrieb: „Freihandel ist die erste Bedingung zu allgemeinem Frieden.“ An geeigneten Plätzen waren wohl Estraden und Tribünen errichtet, allein wo man sich bei anderen Gelegenheiten herangedrängt hätte, um den Platz mit einer oder zwei Guineen zu bezahlen, da nahm man sich gestern Zeit, eine halbe Krone hervorzuholen. Die Ausfahrt des Kaisers begann mit einer kleinen Scene vor dem Buckingham Palace. Ein Pole nahm vor dem Schloßthore Stellung, um eine Petition in den kaiserlichen Wagen zu werfen. Sein verdächtiges Gebahren führte zu seiner Verhaftung, aus der er indessen bald entlassen wurde, um unter Polizei-Aufsicht dem Schauspiel zuzusehen, da seine Petition sich als vollständig unschuldig herausstellte. Der Zug, aus elf Wagen bestehend, nahm den vorgeschriebenen Weg nach der Guildhall, wo der Lord Mayor die Bewillkommungsadresse der Stadt überreichte. In ausgedehntem Englisch und mit bewegter Stimme verlas der Kaiser seine Erwiderung. Diefelbe erwähnte der Herzogin von Edinburgh. Der Name wurde mit lauten Cheers begrüßt. Der Zar hielt inne und wandte sich mit sichtlicher Bewegung seiner Tochter zu, deren freudiges Lächeln auszusprechen schien, daß sie die herzlichste Aufnahme schätze, die ihr hier geworden ist. Bei Tafel nahm der Kaiser Alexander nochmals Gelegenheit, bei Erwiderung des Toastes des Lord Mayors auf ihn, seine Freunde und Nahrung über den Empfang seiner selbst wie seiner Tochter auszusprechen. In Buckingham Palace zurückgekehrt, empfing der Kaiser die Erzbischöfe von Canterbury und York, welche sich auf seine spezielle Veranlassung zur Audienz meldeten. Von einigen Seiten wird in dieser Zusammenkunft ein Anzeichen dafür gesucht, daß der Zar der Wiedervereinigung der Kirchen zugeneigt sei; doch fehlen noch die Beweise. Am Abend war der Kaiser mit den königlichen Herrschaften bei dem Herzoge von Cambridge zu Tische.

## lokales und Provinzielles

Posen, 22. Mai

Die polnische Emigration in England wurde bekanntlich durch den Besuch des russischen Kaisers in London in nicht geringe Bewegung gebracht. Doch wie dies bei den Polen nun einmal üblich ist, es herrichte auch diesmal unter ihnen keine Einigkeit, der emigrierte sozialistische Prinzipien huldigende Theil der Emigration wollte durch eine Demonstration in Scene setzen und debütierte schließlich mit einem fulminanten von uns bereits mitgetheilten Aufruf an die englische Nation, der darauf berechnet ist, alle Antipathien des englischen Volkes gegen seinen Gast wachzurufen. Ein anderer Theil hielt sich wohlweislich von jeder Kundgebung zurück, von der richtigen Ueberzeugung ausgehend, daß eine antirussische Demonstration der Emigration nur Schaden bringen könne. Ein anderer Theil schließlich beschloß dem Kaiser eine Amnestiepetition zu überreichen, was nun auch am

19. d. Mts. erfolgt ist. In Beantwortung derselben versicherte Graf Schmaloff den Ueberbringern, daß mit Ausnahme einiger, welche des Mordes oder anderer gemeinen Verbrechen überführt seien, der Rückkehr der Exilirten in ihr Vaterland nichts entgegenstehe.

In Betreff der Hundsteuer, deren Erhöhung von gegenwärtig 2 auf 6 Thlr. der Magistrat bei der Stadtverordnetenversammlung beantragt hat, werden an uns mancherlei Anfragen gerichtet, die wir hiermit bei dem Interesse, welches diese Angelegenheit zu erwecken scheint, beantworten: Die Hundsteuer wird erhoben auf Grund einer kgl. Kabinettsordre an den damaligen Staatsminister v. Schudmann vom 29. April 1829. Diefelbe enthält folgende Bestimmungen: „Aus dem in Ihrem Bericht vom 1. d. M. angeführten Gründen will ich den Stadtgemeinden die Berechtigung erteilen, auf das Halten der Hunde eine besondere Steuer mittelst Gemeindefbeschlusses einzuführen, wobei nach folgenden Bestimmungen zu verfahren ist: 1) Der Steuerbetrag bleibt dem Kommunalbeschlusse mit Rücksicht auf die Ortsverhältnisse vorbehalten, darf aber in keinem Falle das Maximum von 3 Thlr. jährlich für jeden an der Mutter nicht mehr faugenden Hund übersteigen.“ Von den weiteren Bestimmungen sind folgende von Interesse: 4) Von der Steuer sind die Eigenthümer solcher Hunde frei, die entweder zum Bewachen oder zum Gewerbe unentbehrlich sind. Bei wem das Bedürfnis der Bewachung oder des Gewerbes eintritt, muß jederzeit nach den Ortsverhältnissen im Kommunalbeschlusse besonders ausgesprochen werden. 5) Zum Gewerbe sind solche Beschäftigungen nicht zu zählen, die nur, wie z. B. die Jagd, zum Vergnügen getrieben werden. 6) Die Beiträge der Militärpersonen sollen für militärische Zwecke verwendet werden, weshalb die Kommunalbehörde solche an den Kommandanten des Orts abzuliefern hat. — In der Stadt Posen ist die Hundsteuer mit dem 1. Januar 1846 eingeführt worden, und wird dabei verfahren nach dem Regulativ vom 24. Juli 1845, welches unter Anderem im § 5 folgendes vorschreibt: „Befreit sind von der Steuer die Eigenthümer solcher Hunde, die entweder zur Bewachung oder zum Gewerbe unentbehrlich sind. In diese Kategorie sollen nur gehören: 1) Hunde der Nachtwächter, sowie der Wächter auf Holzplätzen, Backhöfen, Speichern u. s. f. für jeden Wächter ein Hund. 2) Hunde der Frachtfuhrleute zum Bewachen der Frachten, und zwar für je zwei Pferde ein Hund. 3) Hunde der Schiffer zum Bewachen der Schiffsgelasse und zwar für jedes Gefäß ein Hund. 4) Kettenhunde auf den Höfen, die lediglich der Wachsamkeit wegen zur Sicherung des Hofes, am Tage an der Kette und Nachts in verschlossenem Geheft gehalten werden. 5) Hunde der Fleischer zum Treiben des Viehes in der nach dem Umfange des Gewerbes erforderlichen Zahl. 6) Jagdhunde der im Dienste stehenden kgl. oder Privat-Forestbeamten. Alle Hunde ab 1 bis 5 sind steuerpflichtig, wenn sie zu dem angegebenen Zwecke nicht für erforderlich oder tauglich erachtet, oder wenn sie außer dem angegebenen Zwecke noch anderweitig, z. B. zur Jagd benutzt werden.“ — In den Stats der Stadtgemeinde Posen pro 1874 ist das Ergebniss der Hundsteuer mit 1572 Thlr. angeführt. Doch dürfte sich dieses Ergebniss in Wirklichkeit niedriger stellen, indem Hunde, welche in der letzten Zeit angemeldet wurden, die Markten Nr. 780 ff. erhalten haben. Rechnet man davon die etwa 70 Marken für die von Militärpersonen gehaltenen Hunde ab, so bleiben demnach höchstens 720 Hunde, für welche die Steuer in Höhe von 1440 Thlr. der Kommune zufließt. Es stellt sich also schon gegen das Vorjahr eine Verminderung von etwa 65 Hundten heraus, und kommt demnach gegenwärtig auf 72 Einwohner in Posen 1 Hund, während in Berlin, wo die Hundsteuer 3 Thaler beträgt, und i. J. 1870 einen Ertrag von 56,349 Thlr. jährlich ergab, auf ca. 43 Einwohner 1 Hund kommt.

— Besitzveränderung. In dem Kreise Bongrowitz, der zu denjenigen mit überwiegend polnischer Bevölkerung gehört, sind in der Zeit von wenigen Monaten, die drei aneinander grenzenden Rittersgüter Dporzyn, Pawlows und Tomischows, welche an der Margonin-Bongrowitzer Chaussee liegen, von deutschen Gutsbesitzern gekauft worden, und zwar: Dporzyn von Herrn Döring, Pawlows von Herrn Kujatz, Tomischows von Herrn Solstheim. — Das Gut Langendorf, eine halbe Meile hinter Bongrowitz, hat bei der Subhastation der Kaufmann Herr Landek in Bongrowitz erworben.

— Nach Schneidemühl ist an Stelle des dortigen zum Kreis-Schulinspektor ernannten Gymnasiallehrers Dr. Nagel der Hilfslehrer vom hiesigen Friedrich-Wilhelms-Gymnasium Hr. Bandel geschickt worden.

— Durch den Abbruch des früheren Salzmagazins, in welchem zum Wollmarkte ca. 6000 Centner Wolle untergebracht wurden, fehlt es für dieses Quantum an Räumlichkeiten. Um dem Mangel abzuheffen, sind neben den bisherigen Zelten die frühere Inhaberin des Salzmagazins die Expeditionsfirma Moritz S. Auerbach auf dem Kanonenplatze drei große Zelte zur Wollniederlage während des Wollmarktes errichtet.

Auf der Mühlenstraße jagte am 16. d. M. ein Fleischer seine kranke Frau, welche nur ganz leicht kletterte, zum Hause hinaus, so daß dadurch ein öffentliches Aergerniß erregt wurde.

Ein neuer Ringofen soll auf dem Grundstücke der Johannis-Mühle vor dem Wärschauer Thore errichtet werden. Der dort vorkommende Thon eignet sich vornehmlich zur Fabrikation von Verblendsteinen, deren bei dem Bau der neuen detachierten Forts um Posen eine sehr bedeutende Menge gebraucht werden wird.

Gestohlen wurden auf der Sandstraße aus unverschlossenem Hofe 8 Rollen Pappe (zur Fabrikation von Dachpappe) aus einem unverschlossenen Keller 5 Flaschen Wein.

Wrocław, 19. Mai. [Erceß bei einer Prozession.] Der Kaufmann S. G. Levy von hier reiste geschäftlich am Himmelfahrtstage nach Patofsch. Unweit der Stadt begegnet ihm die Prozession, er zog seine Mütze und grüßte den Geistlichen, setzte sich dieselbe aber wieder auf und fuhr weiter. Plötzlich wurde er von mehreren Personen aus dem Prozessionszuge überfallen. Sie hieben auf ihn ein, nicht bloß mit Stöcken, sondern auch mit Stangen der heiligen Bilder. Blutig und beläutet fiel er auf den Wagensitz. Durch das wüthende Geschrei der fivommen Menge wurden die Pferde scheu und gingen durch. Dieser Umstand rettete den Kaufmann vor weiteren Insulten. So berichtet die „Bromb. Btg.“

## Wissenschaft, Kunst und Literatur.

\* Die am 22. Mai erschienene Nr. 21 der „Wage“, Wochen-schrift für Politik und Literatur, herausgegeben von Guido Weiß enthält: Zur Würdigung Ludwig Feuerbachs. (Schluß). — Das deutsche Völkergesetz. (Schluß). — Der Kulturkampf und die Freiheit. — Neue Bücher.

## Staats- und Volkswirtschaft.

\*\* Brandenburgische Rentenbriefe. Ziehung vom 15. Mai, zahlbar vom 1. Okt. c. an.

Lot A. zu 1000 Thlr. Nr. 134 157 324 419 594 671 805 810 1298 434 468 533 554 614 692 742 958 967 2130 169 656 792 3057 144 4594 624 843 984 5010 249 337 392 424 425 757 780 819 943 6044 357 421 430 751 843 7018 098 973 984 8079 177 216 305 306 334.

Lot B. zu 500 Thlr. Nr. 173 353 581 630 645 911 1127 315 464 527 547 593 669 760 949 2087 352 443 491 794 937 3296 357 414.

Lot C. zu 100 Thlr. Nr. 66 147 299 328 393 647 759 1208 665 839 887 914 2296 513 920 3075 135 168 286 334 598 699 899 4162 233 270 341 442 546 776 5049 298 444 469 604 741 748 6300 764 981 989 7115 146 198 217 356 555 600 764 807 8236 266 302 405 417 469 543 764 789 860.

Lot D. zu 25 Thlr. Nr. 149 549 647 657 1018 047 107 409 488 512 547 646 853 2003 133 318 490 515 774 922 3632 690 720 793 867 943 4226 232 266 295 470 685 829 5492 496 606 644 646 742 750 778 6170 660 713 813 855 7039 045 177 286.

\*\* Berliner Nordbahn. Der Großherzog von Mecklenburg hat sich, wie der „Börsl.-Cour.“ hört, bereit erklärt, die Restzahlung auf die von ihm bezogenen Aktien zu leisten. Es beträgt diese Summe etwa 80,000 Thlr. und es wird durch dieselbe der Gesellschaft von Neuem eine Frist gewährt, daß dieser Betrag ihr ermöglicht, selbst in den jetzigen Verhältnissen sich etwa bis Ende Juni zu halten.

HM. Posen, 21. Mai. [Wollbericht.] Die günstigen Erwartungen, welche sich nach den Preissteigerungen der letzten Jahre für Wolle für die Zukunft hegen ließen, sind kurz nach dem letzten noch befriedigend verlaufenen Wollmarkte vernichtet worden, denn dieser Markt verfolgte seitdem eine starke rückwärtige Bewegung in den Preisen. Hervorgehoben wurde diese Tendenz hauptsächlich durch die depressirenden wirtschaftlichen Verhältnisse, welche nach der mehrjährigen Aufschwungsperiode sich auf fast allen Gebieten geltend machte. Die große Ueberproduktion an Fabrikanten führte eine nur schwache Konsumtion des Rohmaterials herbei, welche noch verringert wurde durch die mäßigen Kreditverhältnisse der Fabrikanten. Nicht unwahrscheinlich ist es, daß mit einer Besserung dieser Verhältnisse auch wieder der Preisstand ein besserer werden wird. — Unser Lager, welches nach dem Wollmarkte ca. 6000 Centner betrug, wurde bis zum Februar bis auf 2500 Centner verkauft. Inhaber sind sehr geneigt angesichts des herannahenden Wollmarktes die alten Lager zu räumen und würden gern Anfangs der 60er Thaler verkaufen, wenn sich Abnehmer hierzu finden würden. Fabrikanten reifern jedoch die günstigsten Offerten. Unter solchen Umständen läßt sich auch für den Wollmarkt nichts günstiges prognostizieren, obwohl die Auktionen von überseeischen Wollen in London und Antwerpen nicht gerade ungünstig verlaufen. Es ist jedoch nur zu wahrscheinlich, daß die jetzige gedrückte Stimmung auch über den Wollmarkt hinaus dauern wird. Das Kontraktgeschäft ruht in Folge dessen fast ganz. Nur vereinzelte Abschlüsse mit 7—10 Thalern unter vorjährigen Preisen sind zu Stande gekommen, doch zeigen zu ferneren Abschlüssen bei Preisen von Anfang der 60er Thaler weder Produzenten noch Händler Neigung.

## Vermischtes.

\* Glatz, 20. Mai. [Der Postwagen bestohlen.] In der Nacht vom Montag zu Dienstag ist die zwischen Mittelwalde und Glatz gehende Post auf der Tour von Ebersdorf bis Habelschwerdt ihrer sämtlichen Briefschaften mit und ohne Inhalt beraubt worden. Es befand sich auf der gedachten Tour nur ein Passagier im Wagen, der den Rücksitz beseitigen und mittelst einer Leuchtpistole die Breiterwand nach dem unter dem Rutscherst befindlichen Briefmagazin zu durchschneiden vermochte. Der Werth der gestohlenen Geldbriefe beträgt ca. 2800 Thaler.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wafner in Posen.

## Ingekommen fremde vom 22. Mai.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Rittergutsbesitzer Marini a. Putowo, Boas a. Lussowo, Rückner a. Tschendorf, die Kaufleute Biering a. Hilben, Liebeskind a. Chemnitz, Wolff a. Berlin, Architekt Caspar u. Frau a. Berlin.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Mannstaedt a. Hamburg, Decker a. Leipzig, Knorr a. Berlin, Werner a. Eberfeld, Wittekind a. Barmen, Hauptmann a. D. Mann a. Görlitz, Buchhändler Henschel a. Frankfurt a. M., Fabrikant Kaul a. Köln, Rentier Münster a. Aachen, Baumeister Quast a. Berlin, Rentmeister Bienenr a. Olmütz.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Birnbaum aus Aachen, Bucher a. Bromberg, Schönmann a. Berlin, Paetsche a. Konin, Dedert a. Thorn, Wilhelm a. Rügenwalde, die Fabrikbesitzer Albrecht a. Hamburg, Stumpf a. Leipzig, die Rent. Schönborn u. Fromholz a. Anklam, Fabrikant Jeller a. Stettin, Ingen. Köhler a. Baugen, Rentant Bölling a. Tarnowo, Dir. Frau Leferer a. Tarnowo, Pastor Schynski a. Brody, die Rittergutsbesitzer Müller a. Byschowice, Burghard a. Gurtatowo.

## Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

Pest, 22. Mai. Die ungarische Delegation votirte definitiv das Heeresbudget und beschloß die Petitionen betreffs der Heeresausrüstung an den Kriegsminister zur Berücksichtigung abzutreten. Bei der Debatte über das Budget des Außern interpellirte Szedenyi unter Ausfällen auf Beust den Ministerpräsidenten, ob die Möglichkeit vorhanden sei, daß die freundschaftlichen Beziehungen mit Rußland durch die Publikation der bekannten Neutralitätsdepesche gestört werden könnten. Andrássy bedauert die Ausfälle auf den abwesenden Grafen Beust, welche unzulässig seien, weil nur Vorverhandlungen stattfanden, welche vor der Signierung gewiß der ungarischen Regierung mitgetheilt worden wären. Die damaligen Staatenverhältnisse waren in ihren Grundzügen allen Staatsmännern bekannt, die Veröffentlichung der Note hat die Beziehungen nach Außen durchaus nicht alterirt, künftig etwa vorkommende Detail-Publikationen können dies ebenfalls thun. Die Ausführungen Andrássys wurden beifällig aufgenommen.

Paris, 21. Mai. Belcastel dementirt öffentlich die ihm zugeschriebene Absicht, die Wiederherstellung der Monarchie zu beantragen.

Verfaßtes, 21. Mai. Die Nationalversammlung beriet die Vorlage über die Heranziehung derjenigen zur Militäraushebung, welche zwar einer fremden Nationalität angehören aber in Frankreich geboren sind und die Militärdienstpflicht in ihrem Heimathlande nicht nachkommen. Man wies die Vorlage an den Staatsrath zurück. Sonst ereignete sich kein Zwischenfall.

## Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 21. Mai, Nachmittags. Getreidemarkt. Spiritus v. 100 Liter pEt. pr. Mai 24½, pr. August-September 24½, pr. September-Oktober —. Weizen pr. Mai 90. Roggen pr. Mai 61½, pr. Juli-August 58½, pr. September-Oktober 56½. Rüböl pr. Mai und pr. Mai-Juni 18½, pr. September-Oktober 19½. Zink 6½/100.

Bremen, 21. Mai. Petrozium behauptet, Standard white 12 Mark.

Hamburg, 21. Mai, Nachmittags. (Getreidemarkt.) Weizen loco fest, auf Termine ruhig. Roggen loco und auf Termine fest. Weizen 216 pfd. pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 257 B., 256 G., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 255 B., 254 G., pr. Juli-August 1000 Kilo netto 253 B., 252 G., pr. August-September 1000 Kilo netto 247 B., 246 G. Roggen pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 181 B., 180 G., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 177 B., 175 G., pr. Juli-August 1000 Kilo netto 172 B., 170 G., pr. August-September 1000 Kilo netto 170 B., 169 G. Safer ruhig. Gerste fest. Rüböl fest, loco und pr. Mai 58, pr. Oktober 200 Pfd. 60½. Spiritus still, pr. Mai-Juni 54½, pr. Juli-August 56½, pr. August-September 57½, pr. September-Oktober pr. 100 Liter 100 pEt. 56½. Kaffee ruhig; Umfag 2000 Cads. Petroleum ruhig. Standard white loco 12, 50 B., 12, 40 G., pr. Mai 12, 40 G., pr. August-Dezember 13, 00 G.

Köln, 21. Mai, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Wetter: Prächig. Weizen fester, kistiger loco 9, 15, fremder 9, 7½, pr. Mai 9, 5, pr. Juli 8, 23, pr. November 7, 28½. Roggen besser, fremder loco 6, 15, pr. Mai 6, 3½, pr. Juli 5, 22½, pr. November 5, 18½. Rüböl höher, loco 10½, pr. Mai 10½, pr. Oktober 10½.

London, 20. Mai. (Getreidemarkt) Schlußbericht. Fremde Papiere seit letztem Montag: Weizen 7690, Gerste 14,030, Safer 37,130 Drtsr.



